Russen raus aus Afghanistan!

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Extrablatt — Februar 1980 — Extrablatt

Carter droht den arabischen Völkern

Die Supermächte auf Kriegskurs

MOSKAU/WASHINGTON.— Es ist nicht mehr zu übersehen. Die zwei Supermächte, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika, bereiten verstärkt den III. Weltkrieg vor. Während die Sowjetunion in einer brutalen Aggression mit Soldaten, Panzern und Kampfhubschraubern schießend und mordend in Afghanistan einfiel, erklärte die Carter-Regierung — ohne auch nur einen der davon betroffenen Staaten zu fragen — die Region des Persischen Golfes zum eigenen Interessengebiet, das man mit allen, auch militärischen Mitteln „verteidigen" werde. „Verteidigen" gegen einen sowjetischen Angriff, „verteidigen" gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der arabischen Völker.

In einer Sportpalastrede à la Goebbels vor dem Senat und Repräsentantenhaus (Kongreß) kündigte Carter unter dem frenetischen Beifall der Abgeordneten eine Rückkehr zum vorerst kalten Krieg an. Als Sofortprogramm wurde beschlossen:

• eine jährliche Steigerung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Prozent, inflationsbereinigt;

• verbesserte Möglichkeiten für die rasche Entsendung von US-Truppen in weitentfernte Gebiete durch den beschleunigten Ausbau der bereits in Aufstellung befindlichen mobilen 100 000 Mann Eingreiftruppe;

• Wiedereinführung der Wehrpflicht, Registrierung aller US-Bürger im wehrpflichtigen Alter;

• Zugang zu neuen Luft- und Seebasen in Nordostafrika und im Persischen Golf, vor allem in Oman, Kenia, Somalia, Dschibuti;

• militärische und wirtschaftliche Stärkung Pakistans, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit weiteren Staaten der Region;

• weitere Aufrüstung Ägyptens durch zusätzliche Rüstungsmilliarden, damit es die früher vom Iran ausgeübte Rolle einer militärischen Eingreifreserve der USA in Nahost übernehmen kann;

• Ausbau und Entsendung einer neuen 5. US-Kriegsflotte zur Beherrschung des Indischen Ozeans;

• verstärkte und verbesserte wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit China, Aufgabenteilung und gegenseitige Abstimmung der geplanten Kriegsvorbereitungen.

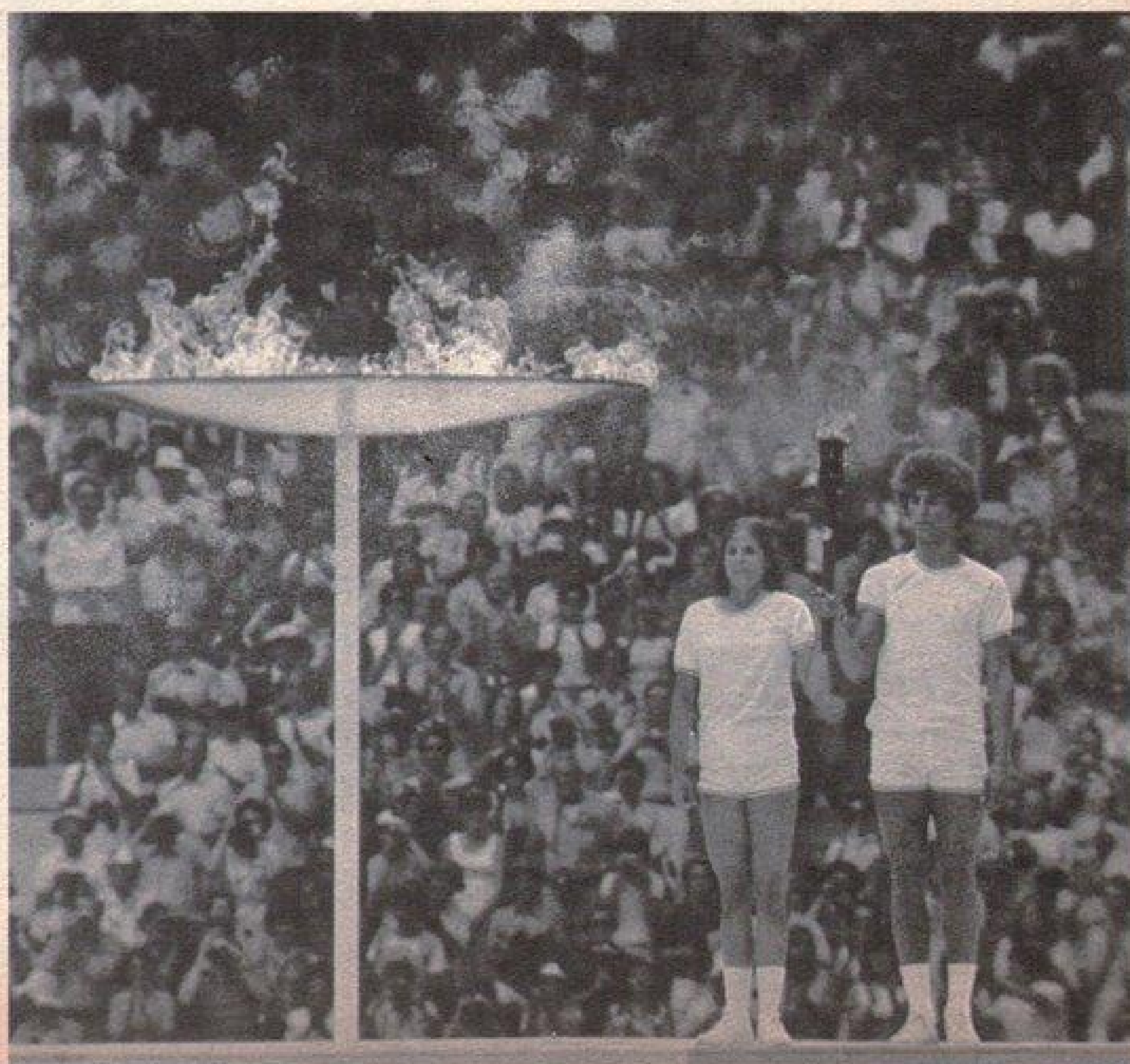
Nachdrücklich erklärte Carter: „Wir müssen jeden geforderten Preis zahlen, um die stärkste Nation der Welt zu bleiben." Damit hatte er vorerst den Auftrag der amerikanischen Rüstungskonzerne erfüllt, die bereits neidisch auf die Riesengewinne der Ölmultis geschaut hatten. Prompt zogen denn auch nach Carters Rede die Kurse der Aktien der Rüstungskonzerne an der New Yorker Börse an. Vorbereitet war die offensichtliche Änderung der US-Politik jedoch schon von längerer Hand.

Bereits nach dem Rausschmiß des Mörder-Schahs aus dem Iran und der damit verbundenen Niederlage der USA hatte eine Hetzkampagne gegen das iranische Volk, das sich von den neokolonialistischen Fesseln des USA-Imperialismus befreit hatte, begonnen. **Diese Hetze steigerte sich zu einem chauvinistischen Geheul nach der Geiselnahme in der Teheraner US-Botschaft und dem**



Soldatentod südlich vor Moskau im zweiten Weltkrieg. Im nächsten Krieg sterben für Amerika?

Olympia-Boykott? Nein!



Lassen die Kriegstreiber die olympische Flamme erlöschen?

Offensichtlich ist USA-Präsident Carters ultimative Boykottdrohung gegen die Olympischen Sommerspiele in Moskau international bisher auf wenig Zustimmung gestoßen. Nur seine Lakaien im deutschen Bundesstaat hatten es eilig, ihrem neuen Führer treue Gefolgschaft zu versichern. Das CDU-Präsidium sprach sich gegen eine Beteiligung an den Spielen in Moskau aus, F.J. Strauß forderte volle Solidarität mit a l l e n Maßnahmen der USA und der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jenninger, erklärte, er könne sich „nur schwer vorstellen, daß in Afghanistan mit Kampfhubschraubern und Napalmbomben Jagd auf die Aufständischen gemacht wird, während in Moskau die Friedenstauben aufsteigen."

Diese Heuchler!

Diese Heuchler! Hatten sie diese Bedenken auch, als in Vietnam US-Kampfhubschrauber unschuldige Menschen, sogar Frauen und Kinder, mit Napalm und Raketen mordeten? Haben sie sich da etwa gegen die Abhaltung internationaler Sportveranstaltungen in den Vereinigten Staaten ausgesprochen? Wo war ihr Boykott gegen die Teilnahme der US-Mannschaft an den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko? Wo war ihr Protest, als im „Mörderstaat" Argentinien, in dem seit 1976 allein 15 000 politisch mißliebige Personen „spurlos verschwanden", d.h. von den Behörden ermordet wurden, die Fußballweltmeisterschaften stattfanden?

Wir sind nicht so naiv, anzunehmen, Sport, die Olympiade, hätte mit Politik nichts zu tun. Immer haben die veranstaltenden Nationen versucht, sich gegenüber der Weltöffentlichkeit ins beste Licht zu rücken. Immer waren auch die Olympischen Spiele eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille, die der Veranstalter, der Politiker, der Geschäftemacher. Aber es gibt noch die andere Seite, die Seite der Athleten, der zig Millionen sportbegeisterter einfacher Menschen in aller Welt. Und die ist tausendmal wichtiger als die der Herrschenden. Ihnen geht es nicht um Macht, Geschäft, Prestige, Politik, ihnen geht es um den Sport, das Spiel, den offenen fairen Wettkampf der Athleten. Für sie ist die Olympiade ein Fest der Freundschaft der sportbegeisterten Jugend der Welt. Trotz aller Mängel, die jedoch nicht sie, sondern die Regierenden der Länder zu verantworten haben.

Sie brauchen den Haß

Gegen diesen Geist der Freundschaft der Völker richtet sich der Angriff der Carter und Strauß. Sie brauchen nicht Freundschaft, sondern den Haß der Völker gegeneinander. Wie sollte man sie sonst auf die Schlachtbank neuer Kriege treiben können. Deshalb lügt die „Bild"-Zeitung vom 25.1.80: Die 28 Prozent Bundesbürger, die laut „Welt" vom 19.1.80 für einen Boykott der Olympiade waren, verwandelten sie flugs in 71 Prozent. Grund für diesen angeblichen enormen Stimmungsumschwung sei der Sacharow, den die Herren im Kreml von Moskau nach Gorki umsiedelten. Als wenn man bei der Vergabe der Olympischen Spiele nach Moskau nichts von den Verfolgungen mißliebiger Bürger in der Sowjetunion gewußt hätte.

Aber den Einfall sowjetischer Truppen in Afghanistan? Wir verurteilen ihn aufs schärfste! Doch würde ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau dazu führen, daß auch nur ein Sowjetsoldat Afghanistan verläßt? Sicherlich nicht. Was also soll's. Eine Bestrafung der sowjetischen Sozialimperialisten? Durch wen? Durch die nicht minder aggressiven USA-Imperialisten? Das ist doch, als wenn ein Dieb „Haltet den Dieb!" schreit. Niemand von uns sollte sich als Werkzeug in den Konkurrenzkampf der beiden imperialistischen Supermächte USA und UdSSR einspannen lassen.

Kämpfen wir im olympischen Sinne

Und was Bonn betrifft: Ja, wenn man, wie das kleine Albanien, jegliche, sowohl diplomatische als auch sportliche Beziehungen zu den zwei räuberischen Supermächten ablehnen würde, das wäre konsequent. Doch das zu erwarten, ist angesichts der Politik des westdeutschen Imperialismus eine Illusion. Lassen wir uns nicht irremachen. Kämpfen wir weiter im olympischen Sinne für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung gegen jene, die uns in ein neues Völkermorden hetzen wollen. Die Olympiade muß stattfinden im Interesse der Sportler, im Interesse der Völker.

Da stellte SPD-Vorsitzender Willy Brandt in einem Interview mit dem „Spiegel" fest, die Leute meinten, daß die Russen „sich nur dort an so was ähnliches wie Entspannung" hielten, „wo es ihren Interessen entsprach", ansonsten aber überall hineinstießen, wo es „weiche Gebiete" gäbe. Und auf die diesbezügliche Frage des „Spiegels": sprach er ein wahres Wort gelassen aus: „Das haben die Weltmächte so an sich, wissen Sie."

Das haben die Weltmächte so an sich

Kein Wunder, daß ein Aufschrei von Empörung durch die Reihen der Reaktion von Strauß bis Albrecht, von Zimmermann bis Dregger ging: was, auch Amerika? Und selbst in seiner eigenen Partei zeigte man sich peinlich berührt. Dabei hat er doch recht, der Willy. Das haben die imperialistischen Mächte, vor allem die zwei Supermächte, so an sich.

In ihrem Streben nach Machtausdehnung, nach Weltherrschaft versuchen sie in Konkurrenz zueinander „weiche" Gebiete ausfindig zu machen, in die sie „friedlich" wie die USA nach Ägypten, die Sowjetunion nach Äthiopien oder unfriedlich, wie die USA nach Vietnam, die Sowjetunion nach Afghanistan einzudringen versuchen.

Gerade das ist ja des Pudels Kern, „daß wir", wie Brandt es sagte, „hineinschlittern in den Krieg". „Das ist ein Sich-gegenseitig-Hochschaukeln einer Krise, wo schließlich keiner mehr sagen kann, wo es begonnen hat", so Brandt. Doch, doch, wir können es ihm sagen, wo es begonnen hat. Wie es begonnen hat. Da liegen immerhin die Erfahrungen zweier Weltkriege in diesem Jahrhundert vor. Immer begann es damit, daß zwei imperialistische Mächte, zwei imperialistische Mächtegruppen in Konkurrenz zueinander nach dem Besitz von Rohstoffquellen, Absatzmärkten, Einflußsphären, kurz, nach Weltherrschaft strebten. Das ist eine dem Kapitalismus innewohnende Gesetzmäßigkeit, die endgültig nur mit der Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung außer Kraft gesetzt werden kann. Und so schaukelt sich das hoch. Jede dieser zwei imperialistischen Mächtegruppen, dieser zwei Supermächte versucht, „weiche" Stellen zu finden, Gebiete in der Einflußsphäre des Gegners, in die sie — möglichst gefahrlos — eindringen kann.

Immer ist in diesem Kampf der Imperialisten untereinander einer der Stärkere, der Besitzende, der Einflußreichere, heute die USA. Und immer ist einer der Aufstrebende, der sich seinen „Platz an der Sonne" erkämpfen will, heute die Sowjetunion. Daneben gibt es natürlich noch kleinere, nicht weniger nach Machtfülle und Einfluß strebende Imperialisten wie der westdeutsche Imperialismus, wie China, die im Kampf der Supemächte mit absahnen möchten. Früher oder später ist in dem Ringen um Weltherrschaft der Punkt erreicht, wo der Krieg zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wird. Und so ist die Befürchtung jener 10 Prozent Bundesbürger, die in absehbarer Zeit einen neuen Weltkrieg für „wahrscheinlich" oder jener 48 Prozent, die ihn für „möglich" halten nicht unberechtigt. Doch haben wir das schon vor Jahren, als sich noch viele vom Entspannungsgerde und Abrüstungsgeschwafel einlullen ließen, vorausgesagt. Warum wohl will das Kapital seinen starken Mann, F.J. Strauß, an die Macht bringen? Damit er für „Ruhe und Ordnung" sorgt. Nicht nur im Hinblick auf die zu erwartende Verschlechterung unserer Lebensbedingungen, sondern auch im Hinblick auf einen bevorstehenden Krieg.

Doch was sollen wir tun? Gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange starren? Nein! Noch niemals war für alle so klar wie heute, worum es bei einem kommenden Weltkrieg in Wirklichkeit gehen würde. Nicht um die Verteidigung der Bundesrepublik vor einem sowjetischen Überfall, nicht um die Erhaltung der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung und was man uns sonst noch alles vorlügen wird, sondern schlicht und einfach ums Öl, um die Herrschaft über die Länder des Nahen Ostens, um die Neuaufteilung der Welt.

Und sollen wir dafür, für die Interessen, für die Gewinne der Öl-Multis, der Rüstungskonzerne, für das Weltherrschaftsstreben der USA, der Sowjetunion unser Leben lassen, die völlige Zerstörung Deutschlands in Kauf nehmen? Niemals! Ihr Krieg ist nicht unser Krieg. Doch es gibt nur eine einzige konkrete Möglichkeit für uns, diesem Geschick zu entgehen: raus aus der NATO! Aus der NATO, die uns zwangsläufig in die Auseinandersetzungen, in den Krieg der Supermächte hineinziehen würde. Eine Neutralitätspolitik wie die der Schweiz, Schwedens, Österreichs.

Das wäre zwar noch keine 100prozentige Garantie dafür, nicht doch in ein kommendes Weltgemetzel hineingezogen zu werden, doch immerhin ein konkreter Schritt in Richtung auf die Erhaltung des Friedens. Eines aber sollten wir schon jetzt jeder Bundesregierung eindeutig klarmachen: Wir lassen uns nicht ein drittes Mal auf die Schlachtbank eines Weltkriegs, eines Kampfes Arbeiter gegen Arbeiter, Bruder gegen Bruder führen. Eher werden wir die Gewehre gegen jene richten, die uns in dieses Weltgemetzel, diesen Brudermord treiben wollen.

Die Supermächte auf Kriegskurs

berechtigten Verlangen der iranischen Regierung den Verbrecher-Schah auszuliefern und seine ins Ausland, vor allem in die USA geschmuggelten vom Volk erpreßten zig Milliarden Dollar freizugeben.

Systematisch versucht man, das amerikanische Volk aufzuhetzen. Im Fernsehen erklangen Lieder mit Texten wie „Laßt uns den Islam atomisieren" oder „Laßt uns nicht lange fakkeln, werfen wir doch, was wir '45 geworfen haben." In der Bundesrepublik zog vor allem die Springer-Presse mit und verbreitete Greuelmeldungen von abgehackten Händen, haßerfüllten Greisen, Todesstrafe für Ehebrecher, Auspeitschung von Homosexuellen, Rückkehr ins Mittelalter usw. usf. Iraner wurden verhaftet und CDU-Scharfmacher Dregger forderte: Khomeinys Jubelperser müssen ausgewiesen werden.

Die USA aber drohten mit militärischem Eingreifen und stationierten ihre Kriegsflotte im Indischen Ozean, bereit zum Einlaufen in den Persischen Golf.

Diese Situation der offenkundigen Schwäche des USA-Imperialismus, dessen neokolonialistische Praxis auf die Ablehnung der arabischen Völker stieß, machten sich die sowjetischen Sozialimperialisten zunutze und fielen mit Waffengewalt in Afghanistan ein. Diese provokatorische Aggression aber rief zu Recht die Empörung der meisten Völker der Welt hervor. Darin sahen nun wiederum die USA-Imperialisten ihre Chance, verlorengegangenes Territorium wiederzugewinnen und ihrerseits zum Angriff überzugehen, um ihren neokolonialistischen Einfluß im Nahen Osten zu festigen und auszuweiten. **Wobei sie ganz bewußt, ausgehend von ihrer langfristig vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit, den Konflikt, den Krieg mit der sowjetischen Supermacht in diesem Raum in Kauf nehmen. Ein Krieg, der sich leicht zum Weltkrieg ausweiten könnte.**

So nutzen die USA den sowjetischen Überfall auf Afghanistan zur Niederhaltung, Versklavung und Knechtung der arabischen Völker. So nannte Carter in seiner Rede vor dem Kongreß als eine der drei wichtigsten „Herausforderungen": „Der Druck des gesellschaftlichen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Wandels in vielen Entwicklungsländern, beispielhaft vorgeführt an der Revolution in Iran." Und so was zu verhindern, sind denn ja auch die USA als Weltgendarm Nr. 1 berufen.

Khomeiny

Wir mögen ihn nicht, den Pfaffen Khomeiny. Doch wer mag sie schon, die Pfaffen. Ganz allgemein. Oder ist der oberste Pope der katholischen Kirche, der Woytila, etwa besser als der Ayatollah Khomeiny? Er, der bigott und heuchlerisch, was die Frage der USA-Geiseln betraf, sich auf die Seite des USA-Imperialismus stellte. Da hatte der Khomeiny schon recht, als er dem Papst, der die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran verurteilte, aber kein Wort über die Rechte des iranischen Volkes und die blutigen Verbrechen des Schah Pahlewi verlor und sich so zum Apologeten des USA-Imperialismus und seiner aggressiven Handlungen machte, Scheinheiligkeit vorwarf.

Nun war es aber gerade die natürliche Ablehnung des religiösen Eifertums des Khomeiny durch die Arbeiter in aller Welt, die sich die USA-Imperialisten und ihre westdeutschen Lakaien zunutze machten, um sich gezielt mit der übelsten Hetze auf den Ayatollah, den Islam einzuschießen. Mit der Hetze gegen ihn wollten sie den Freiheitskampf des iranischen Volkes treffen und die Bevölkerung ihrer Länder gegen den Iran aufwiegeln. Bemerkenswert dabei ist jedoch, daß die gleichen religiösen Kräfte, die die bürgerlichen Hetzpropagandisten im Iran verteufeln, in Afghanistan, wo sie die sowjetischen Besatzer bekämpfen, zu „moslemischen Freiheitskämpfern" hochgejubelt werden.

Gerade diese Tatsache unterstreicht noch einmal, daß es den westlichen Imperialisten gar nicht um einen Konflikt mit den religiösen Fanatikern geht. Sie unterstützen die Moslems in Afghanistan, weil sie sie zu Hilfstruppen in ihrem Kampf gegen die sowjetische Supermacht machen wollen. Und sie bekämpfen das Khomeiny-Regime bis aufs Messer, weil dieses Regime ihnen den Zugriff zu den Ölquellen des Iran verwehrt. Da liegt der Hase im Pfeffer. Und deshalb darf unsere Abneigung gegen die Pfaffen und den religiösen Aberglauben uns nicht dazu verleiten, diese auf das tapfere Volk des Iran zu übertragen.

Carter befiehl, wir folgen dir

NATO am Persischen Golf

Nicht nur die CDU/CSU auch die Schmidt/Genscher-Regierung beeilt sich, den Herren im Capitol eilfertig zu versichern: Bonn steht im Konflikt zwischen den USA und dem Iran an der Seite der Vereinigten Staaten, wofür sich US-Außenminister Vance „tief bewegt" zeigte.

Solidarität versicherte man auch bezüglich Afghanistan. Solidarität — allerdings nicht mit den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens, mit den Opfern der Aggression Washingtons und Moskaus. Nein, darin ist man sich von Schmidt bis Strauß einig: Das Gebot der Stunde sei die Solidarität mit dem „amerikanischen Bündnispartner".

Und in sklavischer Unterwürfigkeit gegenüber Washington war man bereit, nicht nur die Maßnahmen der USA gegen den Iran zu unterstützen, man warf auch die Frage auf, „ob die USA und Europa es sich auf Dauer leisten können, militärische Abstinenz in der Nähe der Ölquellen des Nahen Osten zu üben". Strauß und seine Mannschaft forderten auf einem sogenannten sicherheitspolitischen Kongreß, den Wirkungsbereich der NATO sofort auf den Mittleren Osten auszudehnen.

Strauß-Freund Dregger will den Einsatz der Bundeswehr am Persischen Golf nicht ausschließen und verlangte, daß europäische Kriegsschiffe im Südatlantik und im Indischen Ozean „Aufgaben übernehmen" und Todenhöfer fordert gar „die Ausdehnung des Schutzbereichs der NATO nach Süden" — und meint damit Afrika. Endlich sind sie wieder in ihrem Element, endlich kann man sich wieder Gedanken machen von wegen Luftlandeoperationen und Blitzkrieg.

Nun hat man offensichtlich die Rechnung ohne den Wirt, die arabischen Völker und hier vor allem die des Iran gemacht. So erklärte der iranische Außenminister Ghotbzadeh: **„Wir werden alles tun, die Sowjetunion zu zwingen, daß sie Afghanistan verläßt"** und schloß dabei eine Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer nicht aus. Gleichzeitig aber wies der iranische Revolutionsrat ein amerikanisches Hilfsangebot strikt zurück. **Der Iran, so hieß es, „braucht eine Einheitsfront aller unterdrückten Völker gegen beide Supermächte, die USA wie die Sowjetunion."**

Aber es gibt in den Regierungsparteien der Bundesrepublik auch Stimmen der Vernunft, die es zu unterstützen gilt. So erklärte der Vorsitzende der Jungsozialisten, Gerhard Schröder: **„Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan ist ebenso zu verurteilen, wie die Intervention der USA in Vietnam und anderen Ländern verurteilt worden ist."** Unmoralisch und verlogen sei eine Argumentation, „die den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt, gleichzeitig aber unverhüllt zur Intervention der NATO im Vorderen und Mittleren Orient auffordert. Der amerikanische Imperialismus ist auch dann nicht zu rechtfertigen, wenn die Sowjetunion ebenfalls Großmachtpolitik betreibt."

Russen raus aus Afghanistan!

Entschieden verurteilt die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten den Einfall sowjetischer Truppen in Afghanistan und verlangt ihren sofortigen Abzug. Sie erklärt sich voll solidarisch mit dem um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden afghanischen Volk. Es ist sicher, daß die sowjetischen Aggressoren auf die Dauer eine Niederlage erleiden und das afghanische Volk siegen wird.

Mit diesem Überfall hat die sogenannte „Breschnew-Doktrin" eine Ausweitung erfahren. Nach dem Einfall in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 formulierte der Kreml die erste Breschnew-Doktrin, nämlich die Lehre von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten". Jetzt wurde diese Doktrin erheblich erweitert in dem Sinne, daß das Recht der Sowjetunion auf Interventionen ausgedehnt wurde auf nicht dem Warschauer Pakt angehörende Staaten, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: erstens, „das Volk" des betreffenden Landes ruft die Sowjetunion zu Hilfe und zweitens, die Sowjetunion fühlt sich in ihrer Sicherheit bedroht. Wann jedoch „das Volk" zu rufen hat und wer das Volk ist sowie wann ihre Sicherheit bedroht ist, bestimmt die Sowjetunion. Damit ist der weiteren Aggression Moskaus Tür und Tor geöffnet.

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bundesrepublik raus aus der NATO! DDR raus aus dem Warschauer Pakt!